

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

51. Vorsitzender
Thomas Seiffert

Kontaktadresse:

Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35A

60388 Frankfurt/Main

Tel.: 06109 / 36751

Mobil: 0151-16559854

ardelt-theeck@molochautobahn.de

www.molochautobahn.de

Rechenschaftsbericht 2006

Auch im Jahr 2007 ist die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) ihrem Anspruch gerecht geworden, sich für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität und eine ökologische Verkehrspolitik in Frankfurt am Main und insbesondere im Stadtteil Nordend einzusetzen. Die besondere Aufmerksamkeit hat dabei wieder der Frankfurter Verkehrspolitik und dem geplanten Bau der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt gegolten. Um die Kräfte zu bündeln, legte die Bürgervereinigung Nordend e.V. auch in diesem Jahr wieder großen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden vor allem im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA). Wie gewohnt, haben Vertreter der BVN wieder einen Großteil der dazu gehörenden organisatorischen Aufgaben, wie das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Besuch von Ortsbeirats- und Ausschusssitzungen des Stadtparlaments sowie Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc. übernommen. Dazu gehörte die Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

In diesem Rahmen kümmerte sich die BVN auch um die Gestaltung und Aktualisierung bzw. Pflege des Internet-Auftritts des „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA). Diese Homepage dient gleichzeitig auch als Informationsplattform für die BVN e.V. Unter www.molochautobahn.de und in Form von regelmäßigen Newslettern, kann sich die Bevölkerung bzw. die Öffentlichkeit über die geplanten Projekte und den jeweiligen aktuellen Stand der Verfahren informieren. Inzwischen wird die Webside von bis zu 1500 Internetnutzern pro Monat in besucht.

Folgende Ereignisse sind besonders hervorzuheben:

Schon Ende 2005 hat die BVN in Absprache mit dem „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) Kontakt mit einem Planungsbüro aus Marburg aufgenommen, mit der Absicht, die dem Planfeststellungsverfahren zugrunde gelegten Verkehrsprognosen auf ihre Fehlerhaftigkeit hin zu überprüfen. So hat ein Fachmann dieses Planungsbüros noch im Dezember an einem Nachfolgetermin der Anhörung im Planfeststellungsverfahren A 66 Tunnel Riederwald beim Hessischen Amt für Straßen- und Verkehrswesen teilgenommen. Nach Einholung eines Angebots und der Sichtung wichtiger Planungsunterlagen beauftragte die BVN schließlich im Namen des „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ das Planungsbüro mit der Überprüfung der Verkehrsuntersuchung. Dabei teilt sich das Aktionsbündnis vertreten durch die BVN die entstehenden Kosten mit einer ebenfalls von den Auswirkungen des Riederwaldtunnels betroffenen Wohnungsgesellschaft. Die „Begutachtung der Verkehrsprognose A 66 Riederwaldtunnel im Planänderungsverfahren 2005“ wurde im Dezember 2006 fertig gestellt und steht einem möglichen Klageverfahren,

an welchem sich die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis beteiligen will, zur Verfügung. Das Gutachten belegt die Fehlerhaftigkeit der Verkehrsuntersuchung und bietet so eine gute Grundlage für eine rechtliche Auseinandersetzung nach dem zu erwartenden Planfeststellungsbeschluss im kommenden Jahr. Die Kosten belaufen sich auf ca. 5000 Euro.

Um die Finanzierung der Kosten zu ermöglichen, startete die BVN mit den anderen beteiligten Bürgerinitiativen und Umweltverbänden eine Spendenkampagne. Mit Hilfe eines Spendenaufrufs in Form eines Flugblatts, dem Versenden von Rundbriefen an hunderte von Mitgliedern, Unterstützern und Einwendern und einer Presseerklärung „Aktionsbündnis lässt Gutachten überprüfen“ sowie Informationsständen wandte man sich im November an die Bevölkerung, mit der Bitte sich an den hohen Kosten zu beteiligen. Schon Ende Dezember konnte die erforderliche Summe durch die überwältigende Spendenbereitschaft aus der Bevölkerung aufgebracht werden. Die BVN hatte dazu eigens ihr Vereinskonto als Spendenkonto zur Verfügung gestellt und ermöglichte so das Ausstellen von Spendenbescheinigungen für die Zuwendungen.

Das Frühjahr des Jahres 2006 stand ganz im Zeichen der Kommunalwahl in Frankfurt am Main. In Form von Informationsständen, Aktionen, Flugblättern und Presseklärungen sowie Schreiben an die einzelnen Parteien unterstützte die BVN Aktivitäten im Rahmen des Aktionsbündnisses, um auf den geplanten Bau des Autobahnkreuzes Frankfurt Ost A 66/661 mitten im Wohngebiet und dessen verheerende Auswirkungen auf die Lebensqualität im gesamten Frankfurter Osten aufmerksam zu machen und die Parteien für die negativen Folgen zu sensibilisieren.

So haben Vertreter der BVN u.a. an einer Veranstaltung der Bornheimer SPD „Gibt es einen Schutz gegen Autobahnlärm?“ teilgenommen, deren Durchführung letzten Endes vor allem der Beharrlichkeit der BVN zu verdanken war.

Die BVN unterstützte auch Aktionen vor den Parteitagen der einzelnen Parteien, um deren Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung anzumahnen.

Unter besonderer Beteiligung der BVN wurde ein Flugblatt „Sie haben die Wahl: Lebensqualität oder Autobahnkreuz“ zur Kommunalwahl am 26. März 2006 verfasst und in Form von 7000 Flugblättern an die direkt betroffenen Haushalte entlang der geplanten und bestehenden Autobahnen im Frankfurter Osten verteilt. Auf der Rückseite wurden Auszüge aus den Wahlprogrammen der Parteien in Form von Pro und Contra gegenübergestellt.

Unter maßgeblicher Beteiligung der BVN organisierte das Aktionsbündnis schließlich eine bundesweit beachtete beeindruckende Protestaktion auf der Kreisversammlung der Frankfurter Grünen zur Entscheidung über eine erstmalige Koalition mit der Frankfurter CDU. Mit Hilfe eines Offenen Briefs an die Grünen und einer Presseerklärung sowie einem Flugblatt „Riederwaldtunnel-Kröte ist giftig“ wurde an die Parteimitglieder appelliert, ihr Wahlversprechen zu halten und vor einem Umkippen in der Autobahn-Frage gewarnt.

Auch dieses Jahr organisiert die BVN zusammen mit dem AUA wieder Informationsstände auf dem Kinderfest beim Wäldchestag im Riederwald, auf dem Straßenfest Schöfflestraße des Vereinsrings Riederwald sowie im September beim Rotlintstraßenfest der Grünen und beim Kinderfest „Tag des Kindes“ der Falken im Ostpark. Dabei wurde das nachgedruckte Flugblatt: „Straßenbaubehörde missachtet Stadtparlament“ verteilt.

Im September wurde ein eigens für die Neubaugebiete Atterberry und Newbets an der Friedberger Warte entworfenes Flugblatt an die Bewohner dieser neuen Siedlungen verteilt, um sie auf die Autobahnplanung aufmerksam zu machen. Dabei wurde zu einem Informationsabend in einem Lokal an der Friedberger Warte eingeladen. Das Angebot stieß auf reges Interesse der Anwohner. Sie reagierten empört, weil sie sich von den Bauträgern und der Stadt Frankfurt über die Planungen und deren Ausmaß im Unklaren gelassen fühlten.

Im Oktober und November schrieb die BVN im Namen des Aktionsbündnisses Briefe an die einzelnen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt und die zuständigen Ortsbeiräte im Frankfurter Osten sowie an die Frankfurter Oberbürgermeisterin Frau Roth, um sie nochmals auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass die Planungsbehörde mit Ausnahme des zusätzlichen Lärmschutzes für die Bornheimer Hallgartenschule am Bornheimer Hang alle anderen Forderungen der Parlamentsbeschlüsse

bei der Anhörung zum Riederwaldtunnel im Jahr 2005 zurückgewiesen hatte. Gleichzeitig wandte sich das Aktionsbündnis mit einer von der BVN verfassten Presseerklärung „Planungsbehörde missachtet Stadtparlament – Stadt muss Beschluss verhindern“ an die Öffentlichkeit, mit dem Ziel, noch mal auf die Planung Einfluss nehmen zu können. Diese Korrespondenz wurde begleitet von zahlreichen Telefonaten mit politischen und städtischen Vertretern.

An Informationsständen in Bornheim wurden die Bürgerinnen und Bürger zudem mittels Handzetteln ermutigt, in ihre jeweiligen Ortsbeiräte zu gehen und ihre Betroffenheit zu schildern und Verbesserungen der Planung zu fordern.

Vertreter der BVN äußerten sich zu diesem Thema auf Ortsbeiratssitzungen und nahmen auch im Verkehrsausschuss der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung Stellung. Neben dem großen Presseecho gab es auch ein Interview vom Hessischen Rundfunk mit einem BVN-Vertreter zur Einschätzung der Bürgerinitiativen.

Dem unermüdlichen Bemühen insbesondere der BVN in Form weiterer Telefonate mit den verkehrspolitischen Sprechern der Stadtverordnetenfraktionen bzgl. Anträgen und einer weiteren Presseerklärung „OB und Stadtparlament müssen Bevölkerung schützen – Ausbau Ostumgehung muss verhindert werden“ im Dezember war es schließlich zu verdanken, dass in der letzten Parlamentssitzung im Jahr 2006 auf letztem Drücker mehrere Dringlichkeitsanträge in das Parlament eingebracht wurden, welche ein Handeln der Stadt zum Schutze der Bevölkerung forderten. Dem Wunsch der BVN und des Aktionsbündnisses, den Aufschub des Planfeststellungsbeschlusses zu erreichen, entsprach die Parlamentsmehrheit jedoch nicht. Trotzdem sind die eingebrachten Dringlichkeitsanträge und die verabschiedeten Beschlüsse durchaus als großen Erfolg des Engagements der Bürgerinitiativen zu werten.

In diesem Zusammenhang organisierte das Aktionsbündnis unter Mitwirkung der BVN erneut eine Protestaktion bei der Kreisversammlung der Grünen, um mit Nachdruck auf die Unzulänglichkeit der Parlamentsbeschlüsse hinzuweisen. Gleichzeitig wurde die seitens der Grünen versprochene Informationsveranstaltung zum Bau der A 66 Riederwaldtunnel eingefordert. Diese Aktion war begleitet von einer entsprechenden Presserklärung „Zugesagte Veranstaltung zum Riederwaldtunnel überfällig“. Die Grünen stellten schließlich eine Veranstaltung für Februar des folgenden Jahres in Aussicht.

Frankfurt am Main, 25. Oktober 2006

Thomas Seiffert
(1. Vorsitzender)